

#### 2.4. Zumeist ein Trauerspiel: Wie Politiker, Parteien sowie deren Jugendorganisationen und die Parteistiftungen auf konstruktive Vorschläge und Initiativen zum Thema ‚Bildung‘ reagieren:

Die Politiker und natürlich auch Politikerinnen betonen in ihren Sonntagsreden unter anderem immer wieder folgende drei Punkte:

1. Bildung, Bildung und nochmals Bildung: Davon hängt die Zukunft unseres Landes ab
2. Die Bürger – insbesondere auch junge Menschen – sollten sich an der politische Diskussion beteiligen, denn nur dadurch entsteht eine lebendige Demokratie.
3. Ehrenamtliches Engagement ist sehr wichtig für unsere Gesellschaft.

Diese oft gehörten Worte im Ohr dachten wir – neben mir engagieren sich auch andere Menschen (vor allem Schüler und Studenten) in den von mir ins Leben gerufenen Aktivitäten – auf offene Türen zu stoßen, weil all unsere Projekte zumindest zwei jener drei Punkte abdecken. Anfangs gestaltet sich auch alles einigermaßen positiv: Bundes- wie Landtagsabgeordnete verschiedener Parteien empfangen uns in ihren Sprechstunden und hörten freundlich zu. Uns antworteten sogar auf eine Frage zur Vermögenssteuer – wenn auch erst nach einigem Nachfragen und im Ablauf eines halben Jahres – alle Bundestagsfraktionen. Aber als wir den Dialog mit den Parteien, deren Jugendorganisationen sowie den parteinahen Stiftungen ernsthaft aufnehmen wollten, blockten **alle, wirklich alle** Parteien und deren Vertreter ab. Sie hatten und haben bis heute kein wirkliches Interesse sich mit Bürgern konstruktiv über politische Fragen auszutauschen. Die Bekundungen in ihren Sonntagsreden haben sich nicht nur einmal als **hohl und verlogen** erwiesen! Leider!! Aber lesen Sie selbst, was sich wirklich so zugetragen hat, wie es auf dieser Seite beschrieben wird. Das alles kann ich anhand von E-Mails mit Inhalt und Datum beweisen. Die Politiker können sich dabei nicht mehr herausreden! Der interessierte Leser in sollte dabei die Mühe nicht scheuen, auch eine E-Mail von ein paar Seiten Länge zu lesen. Denn erst dadurch erschließt sich der ganze Skandal.

Aber zunächst der positive Beginn unserer Aktionen:

Im Jahr 2008 organisierte ich ehrenamtlich ‚Wirtschaftsarbeitsgemeinschaften‘. Dort können sich Schülerinnen und Schüler mit Themen aus der Wirtschaft beschäftigen. Der Ablauf ist im Prinzip folgender: Ich erkläre etwas aus diesem Bereich und beziehe damit zugleich Position, d.h. dass ich meine Meinung darlege und begründe sowie anschließend zur Diskussion stelle. In diese Diskussion wollten wir auch die politischen Parteien, die Gewerkschaften, Unternehmensverbände sowie den Bund der Steuerzahler mit einbeziehen, um ganze verschiedene Auffassungen einschließlich deren Begründungen miteinander vergleichen zu können. So stelle ich mir einen aufgeklärten demokratischen Diskurs vor. Nachdem ich den Schülern meine Position zur ‚Vermögenssteuer‘ dargelegt hatte (s.u. Punkt 5.9.1. Irrtum 1) schrieben wir also alle Bundestagsfraktionen, den DGB, den Verband der Familienunternehmer sowie den Bund der Steuerzahler zu dieser Frage an und baten um eine Stellungnahme. Als erstes antworteten der Verband der Familienunternehmer sowie der Bunde der Steuerzahler. Wir erhielten – wenn auch teilweise erst nach mehrmaligem Nachhaken – schließlich auch eine Antwort vom DGB sowie aus allen Fraktionen der im Bundestag vertretenen Parteien. Dies alles ist hier unter dem Punkt 5.9.6. nachzulesen.

Nun regten wir an, dass man zukünftig in ganz verschiedenen Punkten die Bildung – insbesondere von jungen Menschen – betreffend mit den Parteien, deren Jugendorganisationen sowie den parteinahen Stiftungen konstruktiv zusammenarbeiten könne, ganz so wie sich die Parteien in ihren offiziellen Verlautbarungen immer wieder vernehmen lassen. Auch die

zuvor angeschriebenen Bundestagsabgeordneten baten wir dabei um ihre Mithilfe. Schließlich müsste es ja im ganz ureigenen Interesse der Parteien liegen, junge Menschen bei diesem guten Anliegen zu unterstützen, weil sie so ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis stellen und dadurch vielleicht sogar neue Mitglieder gewinnen könnten. Zumindest aber würden sie junge Menschen für unsere Demokratie gewinnen!

Die Wirklichkeit war und ist leider eine große Enttäuschung, jedenfalls zumeist. Das frustriert nicht nur mich, sondern mindestens genauso Schüler wie Studenten. Aber lesen Sie selbst, was sich zugetragen hat.